Nr. 314 XXVIII. Jahrgang — Sonnabend, 25. Dezember 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile 32 mm breit M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 4.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Ziffer- oder Auskunftsgebühr 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenzeichen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Dresden Nr. 2060
Unverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Der Ruf nach Frieden

Vom Universitätsprofessor Dr. Martin Rade,

Die Erde dürstet. Frost und Sonnenschein, Frost und Nebel. Der Herbst brachte keinen Regen, der Winter keinen Schnee.

Die Welt dürstet. Nach Frieden. Daß Krieg zu Ende ist, wußten wir. Daß auch Friede Krieg ist, lernen wir noch nicht begriffen. Versailles, St-Germain, Sèvres — alles andre, nur keine Friedensschlüsse. Was ist denn geschlossen? Kaum das blutige Ringen, denn noch immer wird in der Welt blutig gekämpft. Aber offenbar wollen die siegreichen Verbandsmächte den Besiegten zeigen, daß es auch einen unblutigen Krieg gibt, oder daß es gar keine Kunst ist, den Unterschied von Krieg und Frieden überhaupt aufzuheben.

Wir werden gezwackt den ganzen Tag wie mit glühenden Zangen. Aber die siegreichen Völker kommen auch nicht zur Ruhe. Von den Neutralen zu schweigen. Die Welt dürstet nach Frieden. Sie wird noch lange dürsten.

Da kommt Weihnachten. Die Kirchenchristen aller Länder rüsten zum Fest. Ungezählte, die nicht zur Kirche gehören, feiern mit. Man sollte denken, eine gemeinsame Freude, ein gemeinsames Erlebnis müßte das Gefühl einer Gemeinsamkeit auslösen. Im Bewußtsein einer tiefen Verbundenheit müßten die christlichen Völker sich zu einem Willensentschluß aufraffen, den Völkerbund, der ja seit Jahrhunderten schon in der Anlage vorhanden ist, in die Tat umzusetzen. Glaube will sich in die Erscheinung; Liebe will doch handeln und helfen. Alle Bedingungen einer Erlösung von dem Fluch des trockenen Krieges, an dem wir verdursten, scheinen in dem Weihnachtserlebnis gegeben.

Aber hier ist nun der Haken. Es geht nicht tief genug. Stimmung — Gefühl — Phantasie ist alles. Wundervoll, das Leben zu begleiten. Oder auch nur ein Elend, in dem wir schmachten, für ein paar Tage oder Stunden vergessen zu machen. Uns darüber hinwegtäuschen. Damit wir danach elender sind wie zuvor?

Hier muß ein Fehler stecken. Wir müssen tiefer graben, damit die Quellen der Kraft aufbrechen.

Es ist ja heute viel von Religion die Rede. Man will sie gelten. Man schätzt sie — irgendwie und irgendwo. Ganz anders als früher, wo es zur Bildung gehörte und vornehm war, sie als überwunden zu betrachten. Aber eine wirkliche Neubelebung des religiösen Glaubens unter uns hat noch nicht stattgefunden.

Wir reden nicht von einer bestimmten Kirche, von ihrem Kultus und von ihren Dogmen. Aber wir sagen: es wird kein Friede werden und kein Ende der Not, wenn nicht die Völker wieder Religion haben und ehrlich Menschen, die da vorgehen, Religion zu haben, ihrer Religion wieder leben. Alle Ansprüche im Namen der Religion, aller Respekt davor nützt nichts, wenn sie nicht selber da ist und sich durchsetzt als lebendige Macht.

Viele versinken heute in Hoffnungslosigkeit. Ihr Weihnachten wird das eines Müden sein, der den Kampf aufgibt. „Untergang des Abendlandes" — gleichviel was man von dem Buche hält, der Titel ist der glücklich gefundene Ausdruck für die unselige Stimmung vieler.

Dagegen gibt es nur ein Heilmittel: das heißt Glaube. (So wollen wir deutsch sagen für Religion.) Glaube, der nichts andres ist, als eine Zuversicht auf Unsichtbares, auf Realitäten, die man nicht mit Händen greifen, mit Geld bezahlen und mit Kanonen aufrichten oder vernichten kann. Glaube, der eine Gewißheit ist, stärker, wie sie die tägliche Erfahrung oder wie sie die Wissenschaft gibt, eine ganz andre, aber viel gewissere Gewißheit; denn wer wirklich glaubt, der hält seine Überzeugung fest, mag auch der Augenschein widersprechen, ja „ob er zehnmal darüber stürbe". Solche Macht der inneren Ueberzeugung, solche Hingabe an ein Erkanntes und Gefundenes, solche Zuversicht auf ein Unsichtbares und darum Unvergängliches, das ist es, was wir brauchen. Quellen der Kraft, des Mutes, der Selbstüberwindung, der Gemeinsamkeit müssen neu quellen, sich daran satt zu trinken und gesund zu baden. Wahrheit auch im Reiche der politischen Ideen brauchen wir das. Weshalb haben unsre Ideen so wenig Macht? Weil wir zu wenig Glauben haben.

Es handelt sich wirklich beim Weihnachtsfest um etwas andres als um ein paar Lichter und Gaben. Die Not der Zeit macht schon, daß die Christbäume minder hell brennen als sonst, und die Gabentische nicht mehr zum Brechen voll sind. Aber muß denn die Not erst noch größer werden, damit wir begreifen, was äußerlich verloren ist? Das kann nur wiedergebracht werden durch eine innere Neugeburt des einzelnen, der Nation, der Menschheit. Es ist kein Wunder im Sinne des Unmöglichen, was wir begehren. Schon oft ist aus der Not Großes geboren worden, freilich immer ein Wunder, aber beglückende Wirklichkeit. Die Geburt Christi war auch ein solches Wunder, ein Gottesgruß mitten in der allgemeinen Not. Und zwar will, soll ich das immer wiederholen. Wie singt der Mystiker? „Wär' Christus tausendmal in Bethlehem geboren und nicht in dir, du bliebest ewiglich verloren." Ich glaube an mein Volk und glaube an die Menschheit, daß Gottes Wege mit ihr bisher nicht vergeblich waren, daß er noch viel mit ihr vorhat, so gewiß Jesus Christus einmal zur Welt geboren ist und wir heute wieder Weihnachten feiern. Aus dem Tiefstand unsrer Kultur und Moral gibt es Wege, die zur Höhe führen. Wir müssen sie nur sehen und gehen.

Ich blicke von meinem Schreibtisch auf und zum Fenster hinaus: Dicht fällt der Schnee vom Himmel auf die dürstende Erde hernieder.

Schleswig gegen Hamburg

ᵊ Berlin, 24. Dezember. Meldungen in der nordschleswigschen Presse haben schleswig-holsteinische Abgeordnete veranlaßt, eine Anfrage an die preußische Regierung zu richten über die Hamburger Absichten, sich Teile von Schleswig-Holstein anzugliedern. Aus preußischen Regierungskreisen verlautet, daß sich die Staatsregierung den Schutz der Provinz Schleswig-Holstein, die schon durch den Versailler Vertrag eine so schmerzliche Verkleinerung erfahren hat, im äußersten Maße angelegen sein lassen und die berechtigten Interessen der Provinz wahren will. Sie ist der Ansicht, daß die Erhaltung der Wirtschaftskraft des Hamburger Hafens auch ohne Benachteiligung der Provinz Schleswig-Holstein möglich ist.

Krisentage in Frankreich

ᵊ Paris, 24. Dezember. (Eig. Drahtbericht)

Die Tage des Verlegenheitskabinetts Leygues scheinen gezählt zu sein. Alle Welt in Frankreich ist mit der angeblich schwächlichen Politik des Millerand-Marionetten unzufrieden, die Sozialisten und Radikalen, weil Leygues dem monarchistischen Treiben untätig zusehe, die Daudet und Genossen von der „Action française", weil die Regierung der deutschen Gefahr und den kommunistischen Wühlereien angeblich nicht genügend Beachtung schenke. In Wirklichkeit ist diese allgemeine Unzufriedenheit mit Leygues trotz seines Londoner Erfolges und seiner gewissenhaften Befolgung der in der Präsidentschaftserklärung Millerands niedergelegten Richtlinien wohl mehr ein Ausfluß von Nervosität, deren Ursachen teils in der Unsicherheit über die Ergebnisse der französischen Siegespolitik, teils in der Mißstimmung des Landes über die Vetternwirtschaft und die Korruption des Mehrheitsblocks zu suchen ist. Schon der Rücktritt des Kriegsministers Lefèvre ließ erkennen, daß den Franzosen trotz aller äußeren Erfolge nicht gut zumute ist. Sie fühlen, daß die Preisgabe ihrer Interessen im Orient in der Politik gegen Deutschland, dessen wachsender Widerstand gegen eine Ueberspannung des Versailler Friedens gespürt wird, keinen Ausgleich finde, besonders da England sich in dieser Beziehung eine immer deutlicher werdende Zurückhaltung auferlegt. Selbst die Frage der Wiedergutmachung, über die man sich in London grundsätzlich geeinigt hatte, wird als verfahren betrachtet, weil die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete nur langsam Fortschritte macht und man die Erzwingung des deutschen Anteils im Lager der Poincaré und Barthou nur durch eine Besetzung des Ruhrgebiets erhofft. Hinzu kommt ein wachsendes Unbehagen der Arbeiterschaft über das geringe Verständnis der Regierung für soziale Reformen, wie sich bei der kapitalistischen Zusammensetzung des Mehrheitsblocks auch nicht anders erwarten läßt.

So kennzeichnen sich die Krisentage in Frankreich als ein Kampf aller gegen alle. Selbst wenn Leygues, der sich durch ein taktisches Manöver am 22. Dezember mit Mühe ein Vertrauensvotum gegen eine stark anwachsende Minderheit erkämpfte, das Kabinett in das neue Jahr hinüberretten sollte, so wird doch der Ausfall der Ersatzwahlen für den Senat im Januar entscheidend sein. Auf jeden Fall wird man sich in Deutschland auf eine Politik Frankreichs vorzubereiten haben, die den Gedanken einer Sicherstellung der Versailler Forderungen durch eine Besetzung des Ruhrgebiets mit allen daraus entspringenden Folgerungen noch mehr als bisher in den Vordergrund stellt. Ein Kabinett Poincaré oder Barthou, die beide der englischen Geschäftspolitik mißtrauen, wird durch scharfe Liquidationsmaßnahmen in einen natürlichen Gegensatz zu der Opportunitätspolitik Lloyd Georges geraten. Wie sehr dieser Gegensatz trotz aller Verkleisterungsversuche fortlebt, hat der Londoner Berichterstatter des „Giornale d'Italia" erkannt, der die Politik Lloyd Georges in dem Bestreben kennzeichnet, ein zahlungskräftiges Deutschland zu schaffen, während Frankreich, das Frankreich Poincarés nämlich, es vorziehe, nur Gerichtsvollzieher eines bankrotten Deutschland zu werden, um die Liquidation am Rhein und an der Saar durchführen zu können.

Der Ausgang der Pariser Krisentage wird darüber entscheiden, ob der Verhandlungsweg fortgesetzt oder das militärische Diktat mit seinen unübersehbaren Folgen einsetzen wird.

Ein französischer Ueberpatriot

ᵇ Paris, 24. Dezember. Die Kammer setzte gestern nachmittag den Gesetzentwurf über die zu bewilligenden vorläufigen Kredite für die Monate Januar und Februar 1921. Im Laufe der Aussprache ergriff der frühere Kriegsminister Lefèvre das Wort und sagte, er verkenne die finanzielle Lage nicht, aber man dürfe doch nicht zugeben, daß man Deutschland für den Wiederaufbau der befreiten Gebiete und für die Zahlung der Pensionen Gelder vorschieße. Man leihe Deutschland Geld zu 5 v. H., wofür man selber 6 v. H. zahlen müsse. Frankreich sei also der Bankier Deutschlands. Er frage deshalb, ob Frankreich Sieger sei. Er wolle aus der Aussprache keine ministerielle Frage machen. Wenn er mit der Regierung in allen Punkten einverstanden gewesen wäre, wäre er nicht zurückgetreten. Er habe deshalb die Frage seines Abganges vor die Kammer bringen müssen. Er bedauere, daß der Ministerpräsident gesagt habe, Frankreich dürfe nicht des Imperialismus bezichtigt werden. Sei das Imperialismus, wenn man Elsaß-Lothringen zurückverlange und das Mandat in Cilli/Lien ausführe? (Abg. Cachin ruft dazwischen: Ja, das ist Imperialismus!)

Frankreich halte die Wacht am Rhein, wie die Gallier vor 2000 Jahren. Man dürfe nicht mit dem Schicksal des armen Deutschlands Mitleid haben. Warum verlange man nicht von Deutschland die Summe, die es bezahlen könne? Frankreich müsse genügend militärische Mittel besitzen, um die tschecho-slowakische, polnische und rumänische Mauer, die den Germanismus verhindere, sich mit dem Bolschewismus zu verbinden, aufrechterhalten. Man müsse immer bedenken, daß 60 Millionen Deutsche und 80 Millionen Russen sich gegen den Osten nach Indien oder gegen den Westen nach dem Rhein wenden könnten. Im August hätten in Ostpreußen 70 000 Deutsche gestanden unter den verschiedensten Bezeichnungen Gewehr bei Fuß, um Polen in der Flanke anzugreifen. Im Jahre 1871 würde Bismarck nicht die Reden gehalten haben, die deutsche Minister jüngst im Rheinland gehalten hätten.

Vor dem Rücktritt Leygues

S. Genf, 24. Dezember. Die nächste Folge der Ereignisse, die sich in der gestrigen Kammersitzung abgespielt haben, wird der Rücktritt des Ministeriums Leygues sein, das gegenüber dem Parlament nicht mehr die nötige Autorität besitzt. Es handelt sich jetzt nur noch um den Augenblick des Rücktritts. Da das Budgetjahr in Frankreich am 31. Dezember endigt, würde eine Kabinettskrise die rechtzeitige Einigung der Kammer und des Senats über das provisorische Steuerzwölftel für Januar und Februar unmöglich machen. Anderseits haben die Parteien ein Interesse daran, sich über die Bildung einer neuen Mehrheit zu verständigen. Es ist also wahrscheinlich, daß dem Ministerium eine Schonzeit gewährt wird, und daß es bis zum 11. Januar die Geschäfte fortführen wird, um sich dann freiwillig zurückzuziehen. Unterdessen wird sich der Präsident nach einem geeigneten Ministerium umsehen. Vielleicht wird er an Poincaré, Briand und Barthou vorübergehen und Viviani berufen. Seit gestern ist der Kampf zwischen der Rechten und Linken in der Kammer eröffnet. Die Linke, die bei den Wahlen 1919 entmutigt war, hat wieder Selbstvertrauen gewonnen, und die Rechte sammelt ihre Kräfte, um ihre Stellung zu verteidigen. Es beginnt also voraussichtlich eine Periode kurzlebiger Regierungen, die sich in Rücksichtslosigkeit gegenüber dem besiegten Deutschland überbieten dürften.

Vereinbarung über Syrien

ᵊ Paris, 24. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Gestern vormittag wurde vom französischen Ministerpräsidenten Leygues und vom englischen Botschafter in Paris, Lord Harding, ein Abkommen bezüglich eines Gebietes von Syrien unterzeichnet, welches an der Grenze von Palästina liegt. Dieses Abkommen bezieht sich auf die französische Zone in Syrien, auf die englische Zone in Palästina, auf die Verwaltung der Gewässer Syriens, soweit diese Palästina durchschneiden, und endlich auf Verwaltung der Eisenbahnen, die die französische Kilikienzone durchziehen und das englische Hinterland mit dem Mittelmeer verbinden.

Die Verhandlungspause

ng. Berlin, 24. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die ersten deutschen Delegierten sind gestern abend in Berlin eingetroffen. Sie lehnten Erklärungen über den Stand der Dinge ab mit der Begründung, daß sich alles noch im Stadium der Vorbereitung befinde.

ᵊ Rotterdam, 24. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Reuter meldet aus Brüssel: Die alliierten Delegationen haben vor der Vertagung der Verhandlungen beschlossen, die Gesamtforderung an Deutschland einer Nachprüfung unterziehen zu lassen.

Die Skagerrak-Schlacht

o. London, 22. Dezember

Aus weiteren Veröffentlichungen der englischen Blätter ergibt sich, daß das amtliche Dokument über die Skagerrak-Schlacht mehrere drahtlose Meldungen enthält, die zwei Tage vor Ausfahrt der deutschen Flotte der englischen Admiralität wichtige Informationen lieferten; diese Meldungen stammten aus deutschen Kriegshäfen bzw. Flottenstützpunkten. Eine dieser Meldungen stammt aus Kiel. „Daily Mail" bringt diese Informationen mit der Organisation des Lord Northcliffe in Zusammenhang und verweist auf einen Funkspruch, der die zwei Worte „Daily Mail" enthält. Das Blatt erhebt gegen die Veröffentlichung den Vorwurf der absichtlichen Unklarheit und stellt die Frage, weshalb die britische Admiralität den Bericht des Kapitäns Harper in dem offiziellen Dokument unterdrückt habe. Gerade dieser Bericht soll die Unterlegenheit der englischen Großkampfschiffe zeigen und den Beweis liefern, daß eine starke Unterseebootflotte jederzeit den Sieg über eine Flotte von Schlachtschiffen erringen könne. Aus weiteren Mitteilungen des Dokumentes soll erhellen, daß die Seestreitkräfte des Admirals Scheer glatt erledigt worden wären, wenn nicht der deutsche Signaldienst so ausgezeichnet operiert hätte. Dieses Lob wird von Jellicoe der deutschen Flotte in einem Bericht gesendet.

Der Sendling Hardings

ng. Berlin, 24. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Senator Cornick, der Vertreter Hardings, der in Berlin weilt, wird heute und morgen in Berlin eine Anzahl im öffentlichen Leben stehender Persönlichkeiten empfangen. Gestern abend waren die Vertreter mehrerer Großbanken bei Cornick. Heute will Cornick im Auswärtigen Amt vorsprechen. Vorher wird er in der englischen Botschaft erwartet. Am 27. Dezember reist Mac Cornick nach Wien weiter. Sein Besuch wird als wichtiges Symptom für die Wiederanknüpfung der deutsch-amerikanischen Beziehungen angesehen.

Abgelehnte griechische Orden

Der Chef der britischen Marinemission, Kelly, der an keiner Feierlichkeit anläßlich der Rückkehr König Konstantins teilgenommen hatte, wurde unvermutet zu diesem berufen. Der König überreichte ihm den Großkordon des Erlöserordens. Gemäß den Weisungen seiner Regierung setzte Admiral Kelly die griechische Regierung davon in Kenntnis, daß er die Auszeichnung zu seinem Bedauern nicht annehmen könne und sie zurückgebe. Die französische Mission, die von der Absicht des Herrschers unterrichtet worden war, dem Kommandanten der französischen Militärmission Grammart den Kordon des Erlöserordens zu überreichen, hatte der griechischen Regierung mitteilen lassen, sie möge von diesem Schritte Abstand nehmen.

Weihnachten 1920

Vom Reichsminister des Innern Erich Koch

Selbst für ein so gehetztes Volk wie das deutsche soll die Weihnachtswoche eine Woche der Ruhe und der Selbstbesinnung sein. Solche Zeit tut uns Deutschen auch politisch not. Das deutsche Volk fängt erst an, sich selbst zu regieren. Es ist ganz plötzlich, in einem Augenblick, wo alle Autoritäten versunken waren, und es in den tiefsten Abgrund hinabgestürzt war, vor diese Aufgabe gestellt worden. Daher kommt es, daß bei uns die Politik mit mehr Nervosität, Hast, Mißtrauen und Zank betrieben wird, als bei erfahrenen und selbstsicheren Völkern. Die Politik ist keine Sensation. Die Leute, die da glauben, daß sie keine großen Politiker seien, wenn sie nicht jeden Morgen zum Frühstück von Parteizerwürfnissen, Regierungskrisen, Funktionen oder Verfassungsänderungen zu vermelden oder zu lesen haben, sind noch weit von der richtigen Erkenntnis entfernt. Alle gute Politik ist eine langfristige Sache, und wer nicht die Sensation, sondern den Erfolg will, muß Geduld haben und darf keine Ernte erwarten, wenn kaum gesät ist. Zwischen heute und dem Erfolg steht eine lange, vielfach unpopuläre Politik der Arbeit und des Entsagens. Die englischen Verhältnisse sind deshalb so glücklich, weil das Parlament sich nach seiner Wahl sechs Jahre lang einer Arbeit hingeben kann, die vielleicht anfangs nicht verstanden wird, im Laufe der Zeit aber Früchte zeitigt. Bei uns laufen infolge der fortwährenden Wahlen, nicht nur zum Reichstag, sondern auch zu Landtagen und Selbstverwaltungskörpern die Regierungsparteien Gefahr, niemals aus dem Agitationsbedürfnis herauszukommen.

Dieses Ueberwiegen agitatorischer Momente ist um so stärker, je mehr wir noch in den Kinderschuhen des Parlamentarismus stecken. Nicht jeder Wähler sieht ein, daß wir in einem Staatswesen leben, in dem Männer, die sich ihrer Verantwortung bewußt sind, nicht dazu da sind, Phrasen zu dreschen, sondern mühevoll zu arbeiten. Er versteht nicht immer, daß die Schwierigkeiten, die sich seinem Wohlergehen entgegenstellen, nicht auf die Unfähigkeit von Personen und Parteien zurückzuführen sind, sondern auf die ungeheuren sachlichen Hindernisse. Er versteht auch nicht immer, daß heute alles darauf ankommt, sich selbst unter Unterdrückung von Lieblingswünschen oder von berechtigten Abneigungen gegen andre Parteien zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufinden. Wie hat die Partei, der ich angehöre, im vorigen Winter darunter gelitten, daß sie sich mit der Sozialdemokratie zu einer Koalition zusammengeschlossen und in dieser Koalition Opfer der Ueberzeugung zu bringen hatte, wie das die beiden andern Parteien ebenso tun mußten, und wie das in jeder Koalition nötig ist, weil sonst keine grundlegende und grundsätzliche Frage gelöst werden könnte. Und doch mußte man allen drei Koalitionsparteien dankbar sein, daß sie sich zu der damals allein möglichen Koalition zusammenschlossen, so entsagungsvoll das für jede Partei war. Es war damals noch weniger eine Freude, an der Regierung beteiligt und der heftigsten Kritik ausgesetzt zu sein, als jetzt. Trotzdem durfte die Regierung nicht weichen. Und wenn sie sich täglich blutig schlagen lassen mußte, so war es doch schon ein Verdienst, daß überhaupt eine Regierung da war und dadurch das Allerschlimmste verhütete. Heute sind die Verhältnisse gefestigter. Die Regierung kann nach und nach die Kraft gewinnen, zu führen. Sie hat die Aufgabe, unbeirrt durch alle Sensationspolitik sich dem inneren und äußeren Wiederaufbau zuzuwenden. Die Parteien, die sie bei dieser schweren und im einzelnen so undankbaren Aufgabe unterstützen, haben Anspruch auf die Dankbarkeit des Volkes. Gewiß ist es leichter, in der Opposition zu stehen und seine Politik auf den Ruf „Es lebe der Kaiser!" oder „Nieder mit dem Kapitalismus!" zu beschränken. Aber es hilft auch weniger. Das Deutsche Reich läßt sich nicht gesund beten, sondern nur gesund arbeiten.

Ich kann die Aufgaben nicht aufzählen, die zu lösen sind. Grundbedingung ist die Aufrechterhaltung der Ordnung. Der Deutsche wird sich mit einer Regierung, die ihm keine Ordnung gewährleistet, nie zufrieden geben. Wenn man sich früher mit Recht dagegen gewandt hat, daß Ausnahmegesetze gegen die geistige Bewegung der Sozialdemokratie erlassen wurden, so ist das kein Grund dafür, die vorhandenen allgemeinen Gesetze gegen eine Bewegung unangewandt zu lassen, die ihre asiatische Methode des Terrors und der Gewalt vom Zarismus entlehnt hat. Wir sind keine wandelnden Zielscheiben für bolschewistischen Ueberwurf.

Eine Neuordnung unsres parlamentarischen Lebens ist das Zweite. Mir will scheinen, als wenn wir des Guten zuviel tun in dem ganzen Parlamentsbetriebe und schließlich vergessen, daß Parlamentarismus kein Selbstzweck ist, sondern nur eine Form, die materielle Leistungen ermöglichen soll. Der Parlamentarismus gräbt sich selbst sein Grab, wenn er nicht Selbstbeschränkung lernt. Der Präsident des Reichstages hat unlängst ähnliche Gedanken kundgetan; es ist nötig, daß sie sich im nächsten Jahre zu Taten verdichten.

Die geistige, sittliche und körperliche Erstarkung unsres Volkes für seine schweren Aufgaben ist das Dritte. Wir brauchen viel mehr Jugendfürsorge, wenn es uns gelingen soll, unser Volk wieder gesund werden zu lassen. Wir brauchen für alle Schichten unsres Volkes mehr Bildungseinrichtungen. Denn in einem Wettkampf, in dem wir hinter andern Völkern an Land, Geld, Rohstoffen, Blut und Nervenkraft nach diesem verlorenen Kriege so zurückstehen, werden wir nur hoch kommen, wenn es uns gelingt, Qualitätsarbeit und Veredelungsarbeit zu leisten. Auch können wir unserm Volke die Genüsse nicht vor-

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19201225/1